

POLITISCHE ABTEILUNG I

Bern, 16. Juli 1991

p.B.15.21.F.-WOK/WIA

(26)

Original direkt weitergeleitet

**Besuch in Bern am 18.7. von F. Scheer,
Generalsekretär des französischen Aussenministeriums**

Frankreich, Deutschland, Oesterreich
 und die Krise in Jugoslawien

1. Die offizielle französische Politik neigt seit dem offenen Ausbruch der Jugoslawienkrise zu heftigen, zeitweise an der Grenze zur Irrationalität liegenden Reaktionen gegen Slowenien, Kroatien, Oesterreich und Deutschland (vgl. R.P. 19, Paris, 10.7., "La France et la Yougoslavie", sowie "Tour d'horizon avec directeur politique adjoint du MAE", Paris, 12.7.). Neben historischen Gründen (Frankreich - Serbien) stehen zwei Erklärungen im Vordergrund:
 - . Angst vor dem ersten "Muskelspiel" des vereinten Deutschland
 - . Angst vor den eigenen Minoritäten im zentralistischen Staat

2. Letztlich geht es um die schmerzliche Bewusstseinswerdung, dass Frankreich
 - . nur im europäischen Verbund weltpolitisches Gewicht haben kann (vgl. R.P. 20, Paris, 12.7., "La petrification de la politique étrangère de la France"),
 - . und damit wirkliche Kooperation und nicht - mehr oder weniger heimliche - Konkurrenz mit Deutschland (und der deutschen Sprache, vgl. jüngste Entwicklung im Bereich Frankophonie, Notiz PA I, J.F. Kammer vom 15.7.) Platz greifen muss. Entsprechende Konsequenzen zu ziehen ist indes im Wahljahr nicht leicht, da auf beiden politischen Seiten die ewiggestrigen Nationalisten und -ism locken.

3. Ein, auch temporäres, Aufklaffen eines Grabens zwischen Frankreich und Deutschland kann auch die Schweiz nicht unberührt lassen: Die überfällige Bereinigung unserer aussenpolitischen Strukturen (EG, Neutralität) wird sich nur im Zeichen einer starken, damit unter dem Zeichen französisch-deutscher Kooperation stehenden EG bewerkstelligen lassen.
4. Das gegenwärtige Deutschland pangermanistischer Tendenzen zu bezichtigen ist vielleicht historisch verständlich, aber ebenso falsch wie politisch unklug (vgl. P.B. 30, Bonn, 10.7., "Jugoslawien und Probleme der deutschen Aussenpolitik", sowie Ausführungen des dt. Botschafters anlässlich einer Pressekonferenz in Belgrad, Beilage 1). Dass auch hier eine gewisse latente Gefahr für die Schweiz und das ihr zentrale deutsch-welsche Verständnis lauert, zeigen Aeusserungen wie der etwas eigenartige Artikel von François Gross (!) in der "Liberté" vom 5.7. (Beilage 2).
5. Die dort insinuierten k.u.k.-Träume werden am Quai d'Orsay offen angeprangert und es wird explizit mit Konsequenzen für Wiens EG-Beitritts-gesuch gedroht. Sachlich sind die entsprechenden französischen Vorwürfe, jedenfalls gegenüber der österreichischen Bundesregierung, unbegründet (vgl. R.P. 13, Wien, 10.7., "La crise en Yougoslavie"). Dass sich aber Wien zumindest belagert, wenn nicht gar unverstanden fühlt, zeigt eine österreichische Reaktion auf verständnisvolle schweizerische Worte (Beilage 3).

Wenn auch auf den ersten Blick ein gewisses machiavellistisches Interesse an einer österreichischen EG-Beitrittsverzögerung zu bestehen scheint, zeigt eine nüchterne Betrachtung auch hier nur Nachteile für die Schweiz: Einmal abgesehen von der oben im Zusammenhang mit Deutschland angesprochenen allgemeinen Gefahr für unser Land einer Renaissance des deutsch-welschen Gegensatzes in Europa, werden sich politische Barrikaden solcher Art, die Wien in den Weg nach Brüssel gelegt werden, später auch vor der neutralen Schweiz auftürmen.

- 3 -

6. Soll und kann die Schweiz vermitteln? So gefragt muss die Antwort negativ lauten, denn:

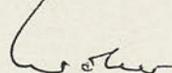
- . der deutsch-französische Gegensatz wird offiziell ausdrücklich in Abrede gestellt; damit läuft ein Vermittler ins Leere
- . die Schweiz als in den letzten Jahrzehnten aussenpolitisch abstinentes Land muss sich erst europapolitische Glaubwürdigkeit verschaffen.

Bekanntlich besteht aber auch eine helvetische Tradition des Ausgleichs zwischen Deutsch und Welsch; des kühlen Kopfes angesichts hochgehender nationalistischer Wogen. Was wir wohl tun können, ist - gegebenenfalls auch ungefragt - unsere diesbezügliche Erfahrung multikultureller und föderalistischer Art darzulegen und der einen Seite Erklärungen für das Verhalten der anderen zu liefern.

7. Um den Kreis zurück zu Jugoslawien zu schlagen: Ob wir im Balkanstaat irgendwie an Vermittlung teilhaben können, ist sehr ungewiss. Dazu müssten wir wohl schon heute EG-Mitglied sein.

Bleibt die etwas verlorene Feststellung, dass die Krise in Jugoslawien potentiell die grössten Gefahren für Europa seit dem zweiten Weltkrieg, aber gegebenenfalls auch entsprechende Chancen in sich birgt. Entscheidend wird sein, ob die europäische Politik künftig auf der rationalen Basis von Helsinki und Paris, primär mit den Mitteln der gegebenenfalls revidierten Römer Verträge, oder aber im Rückgriff auf die alten Dämonen gemacht werden wird. Zumindest die europäische Nachkriegsgenerationen können sich eigentlich nur ersteres vorstellen.

POLITISCHE ABTEILUNG I
i.V.



Daniel Woker

- 4 -

Geht an: Politisches Sekretariat

PA III

Direktion für Völkerrecht

JAC, SIN, KJF, WOK

Integrationsbüro EDA/EVD

BAWI, Botschafter Arioli

- . Botschaft Paris
 - . Botschaft Bonn
 - . Botschaft Wien
 - . Botschaften Belgrad, Washington, Mission Brüssel
- } mit bestem Dank für die
} ausgezeichnete, hier zitierte
} Berichterstattung.

DG 16. Juli 91 - 15

UG 16. Juli 91 - 15